

ARNOLD BERGSTRAESSER

DEUTSCHE EINHEIT¹

In der Gedenkstunde an den 17. Juni 1953 wollen wir den Deutschen, die politisch getrennt von uns und in der Unfreiheit einer totalitären Staats- und Gesellschaftsform leben müssen, die Versicherung geben, daß wir uns zu ihnen gehörig und für ihre Zukunft mitverantwortlich wissen. Wir wollen vor uns selbst darüber Rechenschaft ablegen, worin denn die deutsche Einheit Bestand hatte im Wandel der Geschichte und worin sie Bestand haben könnte in der Gegenwart. Dazu bedürfen wir des Rückblicks auf ihre Bedeutung im Leben der Vergangenheit, in der Entfaltung der kulturellen Leistungen der abendländischen Welt und in der Geschichte der normativen Einsichten. Ein solcher Rückblick muß so schonungslos wahr sein, wie es in unseren Kräften steht, wenn er seinen Zweck erfüllend uns Einblick gewähren soll in die Lage, in der wir uns befinden, in die Gründe, aus denen sie entstanden ist, in die Möglichkeiten, die vor uns liegen und in die Forderungen, die an uns gerichtet sind.

Wir gedenken heute der Einheit, weil wir das Getrenntsein erleben. Und wir wollen die Wiedervereinigung der Deutschen, die in dem uns gebliebenen Territorium zwischen dem Rheinland und der Odergrenze leben. Wir sind uns klar darüber, daß die Trennung, die als Ergebnis des zweiten Weltkrieges zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik sich vollzogen hat, mehr und anderes ist als die Teilung in zwei Einheiten von verschiedener Form der politischen Verwaltung. Vielmehr ist sie die Teilung des deutschen Volkes durch zwei nicht nur verschiedene, sondern im Gegensatz zueinander befindliche Systeme. Ihr Gegensatz ist nicht nur staatenpolitisch, sondern er beruht auf einem verschiedenen gesellschaftspolitischen Willen. Er ist von weltpolitischer Tragweite. In der Welt des 20. Jahrhunderts stehen sich die beiden Grundauffassungen der politischen Daseinsgestaltung gegenüber, deren Gegensatz das Schicksal des geteilten Deutschlands ausmacht, – die Grundauffassung des freien demokratischen Rechtsstaates und die des totalitären, zentral planenden Einparteienstaates. Hinter diesen beiden Grundauffassungen verbirgt sich ein Gegensatz in der Auffassung des Menschen und seiner Zukunft und in der Auffassung vom Sinne der Politik überhaupt, wie von den Mitteln, die sie verwenden darf. Die Teilung, die wir erleben, greift tiefer ein in die Daseinsgestaltung als irgendeine Teilung früherer Jahrhunderte. Täglich droht sich die Trennung zu erweitern und zu vertiefen: Vom staats- und verwaltungspolitischen Handeln setzt sie sich fort in die Form der Wirtschaftsführung, in das Zusammen-

¹ Nach einer Rede am Vortage des 17. Juni 1955, gehalten an der Universität Tübingen.

Die deutsche Einheit, die Bismarck und seine Generation begründet hatten, wurde nach außen durch mehr als vier Jahrzehnte des staatenpolitischen Friedens erhalten, vermöge eines Systems der Bündnisse und der bewaffneten Bereitschaft. Dieses System bildete aber seinem Wesen nach zugleich die Voraussetzung dafür, daß ein Konflikt, wenn er einmal ausbrach, den ganzen Kontinent einbezog. Während der letzten anderthalb Jahrzehnte seines Bestehens hat sich dies System stärker nach seiner negativen Möglichkeit hin entwickelt. So wenig die später zum Hauptanklagepunkt gegen die deutsche Politik erhobene These der Alleinschuld Deutschlands am ersten Weltkriege vor der kritischen Prüfung des historischen Blicks der Welt standgehalten hat, so wenig können wir uns dadurch entlastet fühlen von der Mitverantwortlichkeit für eine Denkweise, die den Ausbruch des Konfliktes im Jahre 1914 möglich gemacht hat. Und weiter: War denn die Einheit, die seit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs außenpolitisch auf dem Spiel stand, innenpolitisch getragen von einer geistig und praktisch gesunden Daseinsordnung und dem durch sie gerechtfertigten Vertrauen? Niemand, der es erlebt hat, wird jenes Zusammenstehen in der einfachen Pflichterfüllung vergessen, das 1914 die Antwort des Volkes auf die gemeinsame Not war. Ebensowenig dürfen wir aber vergessen die auf einem bloßen Machtkalkül beruhende Führung, das Eingreifen der Militärs in die politischen Entschlüsse, die vermessene Forderung nach Eroberungen, die ungehörliche Inanspruchnahme des Begriffes Vaterland für eine Partei, mit der damals schon das Unheil der dreißiger Jahre seinen Anfang nahm.

Vor allem aber: Noch lange nicht war das soziale Problem eines modernen Industrievolkes in unserem Lande bewältigt. Wir waren geblendet von den Illusionen des wirtschaftlichen Fortschritts im industriellen Machtstaat. Unser Denken, ja unser Glauben war der Gefahr nicht gewachsen, in die wir innerlich und nach außen geraten waren. Die Warnungen, die uns aus der eigenen Mitte deutlicher zuteil wurden als anderen Völkern, haben wir überhört. Der Leerheit unserer damaligen Auffassungen von nationalem Prestige, unserer Selbsttäuschung über die Natur und die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Expansion und unserer Achtlosigkeit gegenüber fremden Völkern – hochkultivierten und primitiven –, wie sie aus zahllosen Äußerungen jener Epoche sich kundtut, all diesem entspricht die Selbstverständlichkeit, mit der wir Krieg als die legitime Anwendung von Gewalt zwischen Staaten und Völkern hinzunehmen, ja manchmal zu wollen uns gewöhnt hatten, und all diesem entspricht der snobistische Zynismus, mit dem wir die Bemühungen um eine völkerrechtlich bindende und mit Kontrollvollmachten versehene Organisation des Friedens als utopisch belächelten. Als dann die volle Katastrophe gegen Ende des Krieges hereinbrach, stellte sich heraus, daß mit der äußeren Zukunft der deutschen Einheit zugleich das innere Daseinsgefüge des deutschen Volkes auf dem Spiel stand: Die Krise des modernen europäischen, insbesondere des deutschen Daseins, von einzelnen lange voraus erkannt, war in das Stadium der politischen Entscheidungen eingetreten.

Das Ende des ersten Weltkrieges hat noch einmal die außenpolitische deutsche Einheit gerettet, so wie sie 1870 entstanden war. Die Verluste an Gebietsteilen und

an Staatsbürgern, die der Ausgang des Krieges erzwang, waren schmerzlich. Aber noch hatten die Sieger eine weitgehende Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und vor dem Anspruch des Menschen auf seine Heimat, anstatt, was auch möglich gewesen wäre, sich ihrerseits einem Programm der Annexionen und Vertreibungen zu ergeben, wie es in Deutschland von engstirnigen Fanatikern gepredigt worden war. Männer von nüchterner Vernunft und schlichter Liebe zu ihrem Volke und ihrem Lande haben es damals auf sich genommen, in fünf harten, oft an die Grenze der Verzweiflung führenden Jahren der Inflation und der Reparationswirren auf den Trümmern der wilhelminischen Epoche ein gesundes Gemeinwesen zu begründen. Sie suchten, den Separatismus zu überwinden, ein konstruktives Verhältnis zu den Siegerstaaten herzustellen, den freien demokratischen Rechtsstaat der Weimarer Republik zu festigen gegenüber den Gewaltakten nationalistischer Kräfte auf der einen und revolutionär-kommunistischer Energien auf der anderen Seite. Sie unternahmen, das wirtschaftliche Leben unter den neuen politischen Bedingungen wieder aufzubauen und die den inneren Frieden gefährdenden sozialen Gegensätze einer Zusammenarbeit im Geiste wohlverstandenen Gesamtinteresses zu unterwerfen. Viel von den Absichten, viel von den Erfolgen dieser Epoche können wir heute in ihrer Bedeutung erst ermessen, wo sie selbst längst der Vergangenheit angehört. Wer nicht 1918 schon als Möglichkeit ahnte, was dann 1945 eingetreten ist, konnte die Leistung für den Bestand der deutschen politischen Einheit nicht hinreichend würdigen, welche die Männer vollbrachten, die uns nach der Katastrophe des Bismarckschen Reiches ein Gemeinwesen erhielten.

Aber all dies und die deutsche Einheit selbst wurde von neuem aufs Spiel gesetzt. Manches Erklärende ließe sich freilich nennen für den Weg der nationalsozialistischen Bewegung zur Errichtung des totalitären Einparteiensstaates: die Schwere der wirtschaftlichen Krise und ihrer sozialen Folgen, die von 1929 an über die moderne Welt hereinbrach, die Unreife des Denkens aller modernen Völker in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, in unserem Lande die Unversöhnbarkeit der Ideologien, auch dort, wo sie die Grundsätze des freien Rechtsstaats vertraten, und schließlich unsere eigene mangelnde Sorge um die Bindung des Bürgers an seinen Staat, die sich nur bildet, wenn sie getragen sein kann von Wissen, Verständnis, Selbstachtung und Vertrauen. Aber berühren wir damit nicht den Bereich, in dem unsere eigene Mitverantwortlichkeit am meisten versagt hat? Wie war es möglich, daß Übermut, Achtlosigkeit und Willkür sich als die Momente des politischen Willens zusammenschlossen, der uns von der Macht ergreifung Hitlers an zu der zweiten, unvergleichlich schlimmeren Katastrophe von 1945 führte? Wie war es möglich, daß nach der bitteren Erfahrung des ersten Weltkriegs ein fanatischer Nationalismus unter uns Boden gewann und dann die entscheidende politische Macht erwarb, ein Nationalismus, der aus der engstirnigsten Unkenntnis des Menschen, des Staates, der Weltlage und der Geschichte hervorgegangen war? Wie war es möglich, daß wir seinem Führer erlaubten, nicht nur die Einheit aufs Spiel zu setzen, die uns 1919 erhalten geblieben

war, sondern zugleich mit ihr Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Deutschland selbst zu verderben, – Gerechtigkeit und Menschlichkeit, um deren Verwirklichung die Besten unter uns ein Jahrtausend lang denkend und handelnd gerungen hatten? Zugleich mit dieser Verwüstung des deutschen Lebens und mit der Zerstörung des Vertrauens von Mensch zu Mensch durch eine gleichmacherische Kontrolle des Denkens wagte man, das alte Europa in Brand zu setzen und also das Mißtrauen der Völker in die Deutschen und ihre Politik durch ein entscheidendes Beweisstück neu zu festigen. Wußten wir zu wenig oder waren wir selbst angefressen von solch ungeduldigem Übermut der eigenen Kraft, von solch zynischer Achtlosigkeit gegenüber dem Mitmenschen und den Mitvölkern, von solch blindem Zutrauen in die Gewalt der Willkür, daß wir die Entmündigung unserer selbst duldeten, der bald genug der Versuch zur Entmündigung anderer Völker folgte?

Eines ist gewiß: Hier und nirgendwo ist der Ursprung der Lage zu suchen, in der sich Deutschland heute befindet. Hier und nirgendwo sonst begann das Schicksal der Teilung, das wir heute zu tragen haben. Die Außenpolitik des nationalsozialistischen Staates mußte die Völker der Welt über alle ihre Gegensätze hinweg gegen die Deutschen vereinigen. Sie mußte die Kräfte entfesseln, die schließlich über uns selber zerstörend hereinbrachen. Denn anders war dieser daseinszerstörenden Herrschaft der Willkür nicht zu begegnen als eben durch ihr sich entgegenstimmende Gewalt. Die Methoden der Politik, die mit der Katastrophe des zweiten Weltkrieges auf uns selbst angewandt wurden, hat das nationalsozialistische Deutschland zuerst in die Politik eingeführt, und es steht uns schlecht an, darüber zu klagen, daß sie in der Hand anderer wirksamer waren als in der unseren: Die Verpflanzung ganzer Volksgruppen aus ihrer Heimat in fremde Regionen, die Zerstörung ganzer Städte aus der Luft, die Behandlung des Menschen als Arbeitsmaterial, die Herrschaft des Hasses und der Furcht als Mittel der Disziplinierung. Und wir müssen noch dankbar sein dafür, daß uns nicht das Schlimmste geschehen ist, was von deutschen Händen anderen angetan wurde. Selten in der Geschichte ist der Fall auf den Übermut, ist das Unheil auf die Untat so rasch gefolgt. Die unzweideutige Einsicht in diese Epoche des Nationalsozialismus und ihre Ursprünge in den Gefahren unseres eigenen Wesens sollte uns ständig leiten bei unserem Versuch, daran mitzuwirken, daß der richtige und gesunde Weg in die Zukunft gefunden und beschritten wird. Wenn andere dasselbe tun, worin wir geirrt und gefehlt haben, wird es dadurch weder besser noch weiser. Vielleicht sind wir noch gar nicht aller Schäden gewahr geworden, welche die Gefährdung des modernen Menschen in der Form des nationalsozialistischen Regimes in uns hinterlassen hat. Sie halten uns der heutigen Lage Deutschlands gegenüber oft geistig und seelisch wehrlos in einem Grade, der es uns schwer macht, den uns gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Wenn weite Kreise unseres Volkes Geschichte und Politik empfinden als ein unbeeinflussbar über den Menschen hereinbrechendes Geschehen, wenn das durch den Mißbrauch der Worte, des Denkens und der Empfindung verletzte Verhältnis des einzelnen zu seinem Volke

und seinem Staat noch nicht wiederhergestellt ist, dann können wir nicht hoffen, Einsicht und Willen auf die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands zu versammeln. Dann können wir nicht hoffen, überhaupt einen gemeinsamen Willen verlässlich auf eine gesunde Zukunft zu versammeln. Die Aufgabe aber ist um so größer, als in der Frage nach der deutschen Zukunft sich die Frage nach der Zukunft der Menschheit spiegelt.

Die Wiedervereinigung ist eine Frage der Weltpolitik, denn sie ist unlösbar ohne die Lösung des Gegensatzes zwischen den polar einander entgegengesetzten Mächtigkeitsgruppen, in die nach der Vernichtung des nationalsozialistischen Machtstaates die alliierten Gegner des zweiten Weltkrieges zerfielen. Der Gegensatz dieser Mächtigkeitsgruppen ist staatspolitisch, weil er in erster Linie gesellschaftspolitischer Art ist. Die beiden Grundauffassungen der politischen Daseinsgestaltung, die in der heutigen Welt miteinander ringen, liegen der praktischen Politik der Bundesrepublik einerseits und der Sowjetzone andererseits in ihrer Gegensätzlichkeit zugrunde.

Zugleich aber müssen die Fragen der Weltpolitik heute mit den Mitteln des Friedens gelöst werden. Denn jeder weiß, daß das Vernichtungspotential der Kriegstechnik seit dem Ende des zweiten Weltkrieges Ausmaße angenommen hat, die das Dasein der Menschheit überhaupt gefährden. Nie war eine verbindliche Organisation des Friedens nötiger als heute. Die furchtbare Vertrautheit mit dem Kriege, die uns als Angreifern wie als Geschlagenen zuteil geworden ist, ist Grund genug zu der Verpflichtung, unser Denken und Wollen der Förderung des Friedens zuzuwenden.

Und schließlich ist die deutsche Einheit wie die Zukunft der Welt abhängig von der Erhaltung und der Festigung der Freiheit. Von allen diesen Problemen sind wir unmittelbar betroffen: Durch die deutsche Teilung tragen wir mit an dem praktisch-politischen Gegensatz der Weltpolitik, durch unser vitales Interesse an der Gestaltung der Kunst des Friedens und der Festigung der Freiheit tragen wir mit an der Sorge um die Zukunft, um die physische, moralische und geistige Zukunft des Menschen überhaupt. Vom weltgeschichtlichen Verlauf unseres Jahrhunderts geht ein Zwang auf uns aus, nur noch von der Welt her an uns selbst und die deutsche Zukunft zu denken. Von den Ereignissen selber sind wir verwiesen auf die universalistisch-föderativen Ursprünge unseres politischen Bewußtseins.

Aus dieser Einsicht ergibt sich die ernstliche Frage, ob wir denn vorbereitet sind für diese von uns geforderte Leistung der Besinnung, der Voraussicht und des unbeirrbar geduldigen Willens. Unsere Geschichte eröffnet uns Möglichkeiten des Lernens genug. Denn an allen Vorgängen, die unter Führung der abendländischen Völker das Dasein der Menschheit in tausend Jahren gestaltet haben, an den heilsamen und unheilvollen, hatte das deutsche Volk seinen Anteil. In Mitteleuropa spielte sich der Kampf ab zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt. Er steht im engsten Zusammenhang mit der Dynamik des Geistes, der die abendländische Kultur zugleich ihre zivilisatorische Beherrschung der Erde und ihre geistig-seelische Erneuerungsfähigkeit verdankt. In Deutschland tragen wir seit vier Jahr-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

hundertern an der Spaltung der Konfessionen und an der Sorge um die Verwirklichung des ihnen gemeinsamen christlichen Erbes. Wir haben teilgenommen an der Entfaltung des naturwissenschaftlich-mathematischen Denkens. Und die Gefahren, die seine Anwendung auf die Erzeugung der technischen Mittel zur Daseinsfürsorge hervorbrachte, sind uns gegenwärtig, ohne daß wir selbst schon instande wären, sie zu bewältigen. Wir haben einen der führenden Industriestaaten errichtet und schließlich, wenn auch allzu langsam, die menschlichen Probleme erkannt, die seine Umgestaltung der modernen Arbeitsverfassung begleiteten. Wir sind als Volk mitverantwortlich dafür, daß aus dem deutschen Proletariat mit Hilfe der in Deutschland entstandenen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus das klassenbewußte Proletariat erwuchs, das mit der russischen Oktober-Revolution begann, zur gesellschaftspolitischen und staatenpolitischen Weltmacht zu werden. Bildet dieser historische Anteil an Glück und Verhängnis der abendländischen Welt heute für uns einen hinreichend starken Impuls, für die Zukunft dieser Welt und von dort her für unsere eigene Zukunft zu denken?

Unser Volk hat in der umstrittenen Mitte des europäischen Kontinents die Geschichte seiner Arbeit, seiner Staatsordnung und seines Geistes erfahren. Heute ist es zur umstrittenen Region zwischen den polaren Kräften des weltpolitischen Gegensatzes geworden. In solcher Lage hat es nur die Wahl, passiv über sich ergehen zu lassen, was der Prozeß der Geschichte scheinbar verhängt, oder aber aktiv und konstruktiv denkend der Zukunft der Menschheit und auf diesem Wege der eigenen Zukunft dienend zu helfen.

Deutschland ist nicht unteilbar, weil es so sein müßte. Die Geschichte kennt nicht nur zeitweilige, sondern bleibende Teilungen, ja sie kennt Untergänge ganzer Völker. Aber die heute getrennten Teile können wieder vereinigt werden, wenn wir mit ihrer Wiedervereinigung das Richtige und Gebotene wollen. Sie sollen wiedervereinigt werden, damit die latente Gefahr für den Frieden der Welt beseitigt wird, welche die Teilung bedeutet. Andere Völker können aber der Wiedervereinigung nur zustimmen, wenn wir sie davon zu überzeugen vermögen, daß ein vereinigt Deutschland keine Gefahr für ihre eigene Sicherheit und für den Frieden der Welt bedeutet. Wir selbst sind verpflichtet, nach der Wiedervereinigung zu streben, um den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs den Weg zu der rechtsstaatlichen Freiheit zu eröffnen, die wir selber genießen. Wenn wir diese Verpflichtung ernst nehmen, ist es aber nötig, daß wir selbst wissen, welchen Sinn diese Freiheit hat, welche Selbstbeschränkung sie uns auferlegt, welche Wachsamkeit sie von uns fordert.

Politik wird nicht einfach von Funktionären und Experten gemacht. Deutsche Politik in der gegenwärtigen Weltlage ist darauf angewiesen, mitgetragen zu werden von der kritischen und konstruktiven Einsicht des Volkes. Darum muß die Frage gestellt werden, ob unsere geistige Klarheit über die letzten verbindlichen Motive des Handelns, ob unsere moralische Bereitschaft, ihnen Folge zu leisten, und ob unser politisches Wissen dazu ausreichen, Mitträger einer universal denkenden deutschen Politik zu sein.

Manchmal scheint es heute, es seien die normativen Einsichten, die uns Religion, Philosophie und Geschichte erschließen, von geringer Wirkung auf unser politisches Denken. Aber das Postulat der Freiheit der Staatsordnung bleibt leer, wenn wir nicht wissen und wissend uns angeeignet haben, was der Sinn des Daseins ist, zu dessen Verwirklichung Freiheit unentbehrlich bleibt.

Wir können nicht hoffen, daß in den letzten Fragen der Daseinsgestaltung uns Einigkeit über Nacht zuteil wird. Und die künstlich erzwungene Einigkeit einer trügerischen Gleichschaltung haben wir hinreichend erlebt, um nach ihr kein zweites Mal zu greifen. Aber wir sind fähig, einander in dem Streben nach Wahrheit zu achten, mit pietas, mit jener Ehrfurcht vor einander, die der tragende Grund der Freiheit ist. Zu dem, der sich in ihr übt, wird auch das Erbe unserer geistigen Überlieferung wieder reden, in dem die deutsche Einheit ihren höchsten inneren Bestand hat. Es wird den Menschen der Gegenwart von der geistigen Versklavung an vermeintliche Notwendigkeiten der Zeit befreien. Die Begegnung mit diesem Erbe wird ihm richtungweisende Maßstäbe erschließen.

Wir könnten auf diese Weise uns moralisch bereit machen, wieder ein Volk zu werden, das durch Vertrauen verbunden ist und darum konstruktive Kritik üben kann, ohne seine innere Einigkeit und Sicherheit zu zerstören. Dann wären wir auch moralisch bereit, die Opfer und gerade auch die materiellen Opfer zu bringen, die nötig werden, wenn zu ihrer Zeit die Wiedervereinigung vollzogen werden kann.

Aber ist uns denn das gesellschaftspolitische Problem der Welt deutlich genug, das sich in der Teilung Deutschlands spiegelt? Wissen wir genug von der revolutionären Theorie des Sowjetsystems und seiner politischen Praxis? Wissen wir genug von den normativen Voraussetzungen unseres eigenen Daseinsgefüges, von dem Sinn und den Gefahren seines sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus, um an der Auseinandersetzung der Gegenwart um die Zukunft der Gesellschaftsverfassung produktiv teilzunehmen? Tun wir genug, um das Unbehagen an der modernen Kultur bei uns selbst zu überwinden durch die eigene Gesellschaftspolitik? Ist unser Erziehungssystem so beschaffen, daß der Aufwachsende zum mindesten die gesellschaftlichen und politischen Kenntnisse erwerben kann, die unentbehrlich sind, wenn er heute als selbständig urteilsfähiger Zeitgenosse an den politischen Entscheidungen über unser Dasein teilnehmen soll? Oder erziehen und unterrichten wir – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – eher den perfekten Berufsfunktionär als den sein Dasein begreifenden und das Leben seines Volkes und seines Staates sinnvoll mitgestaltenden Menschen? Alle Perfektion wird ihm nichts helfen, wenn das Gefüge, in dem sein beruflicher Dienst einen Sinn hat, verderben muß, weil wir nicht genug wissen von Gesellschaft und Politik der Gegenwart, wie sie sind, noch davon, wie sie um des Heiles des Menschen willen sein sollten.

Wir dienen der Deutschen Einheit, wenn wir wieder ein Volk werden. Wir können ein Volk werden, wenn wir getreu den Ursprüngen unseres politischen Bewußtseins universal von der Bestimmung des Menschen her politisch zu denken

lernen, denn wir können unsere Zukunft heute nur im Weltzusammenhang suchen. Und auch dieses Denken wird nur dann überzeugend sein, wenn wir in unserem Verhalten zueinander, in der Gestaltung der eigenen Gesellschaft und im Verhältnis zu anderen Völkern die Ehrfurcht vor der Kreatur bewahren, die wir selbst sind. Wenn wir es in dieser Weise vermögen, uns einen geistigen Weg zur politischen Gegenwart der Welt zu bahnen, wird die Verdrossenheit weichen, die allzuoft heute noch unser politisches Empfinden beherrscht. Der Gedanke an die Deutschen, die in der Unfreiheit der Sowjetzone als innerlich freie Menschen sich aufrecht erhalten, und das Gedenken derer, die am 17. Juni 1953 den Mut zum Widerstand fanden, sollte uns helfen abzutun, was von selbstischer und geistiger Unentschlossenheit noch in uns steckt. Vermögen wir im Wissen um das Rechte die Aufgabe der Gegenwart zu ergreifen, dann könnte es uns gegeben sein, unseren Beitrag zu leisten zu einer gesunden Zukunft des Menschen. Dann könnte es uns gegeben sein, daß wir in der rechten Gesinnung bestehen auch vor dem Gebot der tätigen Liebe zu dem Land und zu dem Volke, denen wir sie schuldig sind.

HANS ROOS

DIE „PRÄVENTIVKRIEGSPÄNE“ PILSUDSKIS VON 1933

1. Zur Überlieferung

Die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im Jahre 1933 hat insbesondere wegen des scheinbar so überraschend abgeschlossenen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 erhebliche geschichtliche Bedeutung. Vor allem geht es in diesem Zusammenhang um die Aufklärung der vielfach undurchsichtigen Motive des polnischen Partners. Um so mehr verdienen die seit Mitte der Dreißiger Jahre immer wieder auftauchenden Angaben Beachtung, Marschall Pilsudski habe vor dem Abschluß des Deutschlandabkommens mehrmals versucht, die französische Regierung zu einem gemeinsamen „Präventivkrieg“ gegen Hitler und sein Regime zu drängen. Die französische Regierung soll diese mehrfachen Angebote entweder abgelehnt oder doch mit Stillschweigen übergangen haben. Dieses Sichversagen Frankreichs, das Polen nach Ansicht der Warschauer Regierung der deutschen Revisionspolitik preisgab, gilt als wesentlicher, wenn nicht sogar entscheidender Beweggrund für die Bereitschaft Pilsudskis, auf die Werbungen Hitlers einzugehen.

Die Klärung der Frage, ob die Angaben über den „Präventivkrieg“ Pilsudskis real fundiert sind, oder ob sie erst hinterher verbreitet wurden, um dem Marschall ein Alibi für seine Deutschlandpolitik zu schaffen, wird durch die Tatsache erschwert, daß bis heute kein dokumentarisches Material über das Präventivkriegsthema bekannt geworden ist. Immerhin liegen seit 1953/54 Nachrichten vor, die mindestens indirekt auf eine derartige Initiative hinweisen. Sie knüpfen sich vor